

Sprachförderung geht weiter

Stadt gibt 20 000 Euro Zuschuss für die Kindergärten

Obernkirchen. Zwar hatte die Obernkirchener Verwaltung in ihrer Vorlage auch einen ablehnenden Beschluss formuliert, aber eine echte Wahl haben die Mitglieder des Ausschusses für Jugend, Soziales und Sport nicht gehabt: Die Sprachförderung in den Kindergärten wird es auch im nächsten Jahr geben, auch wenn die Stadt mindestens 20 000 Euro Personalkosten selbst tragen muss.

Maren Witte und Waltraud Denocke hatten als Leiterinnen der Kindergärten Kammweg und Kleistring vor dem Ausschuss ein unmissverständliches Fazit gezogen: Aufgrund der Sprachförderung seien bei den Kindern deutliche Fortschritte zu verzeichnen, sowohl im Wortschatz als auch in der Grammatik. Seit zwei Jahren werden in den beiden Kindertagesstätten zwei Zusatzkräfte zur Sprachförderung beschäftigt. Hatte das Land Niedersachsen, das diese Maßnahme initiiert hatte, noch im ersten Jahr die Kosten mit einem Zuschuss von 32 000 Euro nahezu allein getragen, so wurden im nächsten Jahr die Anforderungen an einen neuen Zuschuss so hoch geschraubt, dass beide Kindergärten nicht mehr in den Genuss der Förderung kamen. Die Stadt blieb auf den Kosten sitzen, denn die Sprachförderung – da war man sich im vergangenen Jahr schon einig – sollte weiterhin angeboten werden. Zum 1. Januar dieses Jahres wurden zwei Kräfte mit jeweils zwölf Stunden angestellt – befristet bis zum Ende diesen Jahres.

Zwölf Stunden, das sei schon der Minimalbedarf für die jeweils zwischen 35 und 40 Kinder, die in beiden Häusern die Sprachförderung erhielten, teilten die Kindergarten-Leiterinnen mit. Regelmäßig gefördert würden Kinder, die Deutsch als Zweitsprache hinzuerwerben müssen, sowie Kinder, die Deutsch zwar als Familiensprache haben, aber in ihrer sprachlichen Entwicklung deutliche Defizite zeigen.

In der Praxis werden Mädchen und Jungen mit ähnlichen Sprachentwicklungsstand in Kleingruppen zusammengefasst und ein- bis zweimal wöchentlich gefördert. Das Spiel mit der Sprache und der Spaß stehen bei den Angeboten im Vordergrund. Mit verschiedenen Materialien und Medien werden Wortschatz und Sprachkompetenz der Kinder erweitert. Lernen mit Kopf, Herz und Hand – so nannten Witte und Denocke das angewandte ganzheitliche Prinzip. Die Kinder seien nicht nur mit Spaß bei der Sache, sondern auch allesamt sehr viel mutiger im Umgang mit der deutschen Sprache geworden. Und: „Durch die Zusatzkräfte werden nicht nur die geförderten Kinder profitieren, sondern auch alle anderen, da durch die Kleingruppenarbeit mehr Zeit, Aufmerksamkeit und Fördermöglichkeiten für sie bleiben.“ Dass das Angebot daher weitergeführt werden müsse, war im Ausschuss unstrittig. Allein die Tatsache, dass das Land Niedersachsen wieder einmal die Stadt mit den Kosten für eine ihrer „Pflichtaufgaben“ (Horst Sassenberg) allein lasse, sorgte für Verdross und eine Überlegung: Wäre es nicht möglich, die zu fördernden Kinder in einer Tagesstätte zusammenzufassen? „Dann ist doch die zurzeit zu erfüllende Quote von 60 Prozent Kindern ausländischer Herkunft und aus Spätaussiedlerfamilien sowie Kindern aus besonders benachteiligten Bevölkerungsgruppen locker erfüllt“, führte Sassenberg an.

Das sei aus mehreren Gründen nicht möglich, erwiderte Witte. Bei einer Konzentration aller Kinder, die Sprachförderung haben müssten, würden die deutschsprachigen Vorbilder fehlen. „Dann reichen zweimal zwölf Stunden Förderung bei weitem nicht aus“, betonte Witte. Zudem, unterstützte Verwaltungsvize Bernhard Watermann, würde dies die vorhandenen Strukturen in den Kindergärten völlig verändern. „Erklären Sie mal den Eltern, dass ihre Kinder jetzt die Einrichtung wechseln sollen.“ Denocke: „Pädagogisch und praktisch unmöglich.“

Kaum ein Trost dürfte da die Nachricht sein, dass die Stadt mit einem Zuschuss von 5000 Euro für dieses Jahr rechnen kann, den der Landkreis überweisen wird.

Als bitteres Fazit blieb die Bilanz, die Ausschussvorsitzender Martin Schulze-Elvert zog: „Dort, wo die Probleme anfangen, da wird gespart.“ Und Sassenberg soufflierte: 15 Prozent aller Hauptschüler würden heute die Schule ohne Abschluss verlassen. rnk